

Die Demokratie  
ist infrage gestellt

## Gefährdete Konsolidierung in der Slowakei

Karel Vodička

Die Spaltung der Tschechoslowakei 1992 belastete den Transformationsprozess sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Die politischen Eliten der Slowakei sind stark polarisiert und die Gesellschaft in zwei politische Lager (Befürworter/Gegner der Demokratie und Marktwirtschaft) tief gespalten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und ethnopolitische Konflikte werden von populistischen Parteien mithilfe der sozial-demagogischen sowie nationalistischen Mobilisierungsstrategien instrumentalisiert. Eine Antisystempartei, die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS), erlangt in Umfragen stets die meisten Stimmen und stellt eine Alternative als Regierungspartei dar. In Pressburg ist nach den Parlamentswahlen 2002 ein Machtwechsel wahrscheinlich. Dies kann zur Folge haben, dass der Konsolidierungsprozess zum Stillstand kommt und autoritäre Tendenzen erneut die Oberhand gewinnen.

Die Bedingungen, unter welchen ein System – auch ein Staat – entstanden ist, prägen sein Wesen und seine Entwicklung. Die Tschechoslowakei wurde 1992 im Interesse einer engen Führungsgruppe in der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) um den Vorsitzenden Vladimír Mečiar aufgeteilt. Die Demontage der ČSFR wurde gegen den mehrheitlichen Willen der Slowaken und Tschechen vollzogen. Die Transformation von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Diktatur zur Demokratie nach der „samtenen Revolu-

tion“ 1989 wurde von einer wirtschaftlichen und sozialen Krise begleitet. Der Neuanfang verschärfte die im Kommunismus angestauten Probleme und verursachte eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards, die sozialen Disparitäten nahmen zu; dies war in der Slowakei noch markanter als in der Tschechischen Teilrepublik. Wirtschaftliche Schwierigkeiten schlugen sich in der Ablehnung der marktwirtschaftlichen Reformen durch die slowakischen Bürger nieder. Die Krise der tschechisch-slowakischen Beziehungen und die politischen Kulturunterschiede zwischen Tschechen und Slowaken trugen zusätzlich zu den Differenzen im Wählerverhalten der Slowaken und Tschechen bei. Der Wahlsieg der Parteien von gegensätzlicher politischer Orientierung bei den Parlamentswahlen 1992, der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) im slowakischen und der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) im tschechischen Landesteil, führte direkt zur Spaltung. An der Schwelle der neuen staatlichen Existenz stand ein Volk, das zwar zu achtzig Prozent eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage durch die Teilung der ČSFR befürchtete und lediglich zu einem Drittel die Separation wünschte, das andererseits viele Erwartungen mit den politischen Fähigkeiten der neuen – ab nun slowakischen – Führung verknüpfte.

Die Umstände der Konstituierung der Slowakischen Republik im Jahre 1992 waren für die politischen Kräftekonstellatio-

nen der neunziger Jahre maßgeblich. Die Bewegung für eine Demokratische Slowakei als treibende Kraft der Spaltung und ihre Partner in der Regierungskoalition stilisierten sich als die Väter des historischen Sieges des slowakischen Volkes und stigmatisierten nicht nur die Minderheiten (vor allem Ungarn), sondern auch die slowakische Opposition als Feinde des jungen slowakischen Staates.

### Gespaltene Gesellschaft

Die slowakische Gesellschaft ist – nach wie vor – in zwei ungefähr gleich große politische Lager gespalten. Auf der einen Seite sind es Bürger aus kleineren Städten und Dörfern mit niedrigerer Bildung, im höheren Durchschnittsalter, paternalistisch, egalitär und autoritär eingestellt; oft gehören sie zu den Benachteiligten des Systemwechsels. Diese Gruppe ist in der Tendenz eher nationalistisch und antiwestlich orientiert und anfällig für populistische Mobilisierungsstrategien; sie lehnt Marktwirtschaft und demokratischen Wettbewerb ab und wünscht eine starke Führungsfigur an der Spitze des Staates; gegenüber Rechtsverletzungen ist sie eher tolerant. Die zweite Gruppe besteht überwiegend aus den Einwohnern der Großstädte von niedrigerem Alter, die über höhere Bildung verfügen. Diese Gruppe, die ihre Chancen in einer marktwirtschaftlich und demokratisch organisierten Gesellschaft sieht, befürwortet Demokratiewerte, einen konsensorientierten Politikstil, die NATO- sowie EU-Eingliederung und ist weniger tolerant gegenüber Verfassungs- und Rechtsverletzungen durch die politische Elite. Die erste Gruppe zieht die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) und die Slowakische Nationalpartei (SNS) vor, die zweite Gruppe die Standardparteien, die sich seit 1998 an der Regierungskoalition beteiligen.

Welche von den zwei Gruppierungen die stärkere wird, hängt unter anderem

von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die gegenwärtigen Wirtschaftsdaten und -trends geben kaum Anlass zum Optimismus. Die Arbeitslosigkeit stieg von dreizehn Prozent im Jahre 1998 drastisch auf zwanzig Prozent im April 2001 an, wozu die restriktive Wirtschaftspolitik der Regierung Dzurinda beigetragen hat, die die überfälligen Reformmaßnahmen in Angriff genommen hat. Zu den Erblasten der vorangegangenen Regierung gehören hohe Staatshaushaltsdefizite, Auslandsverschuldung, missglückte Privatisierung, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, makroökonomische Ungleichgewichte, konkurrenzunfähige Betriebe und ein angeschlagenes Bankensystem. Die Sozialsysteme drohen zusammenzubrechen. Die ausländischen Direktinvestitionen sind – nicht zuletzt aufgrund der politischen Unsicherheit – zu gering. Die von der Regierung Dzurinda durchgeführten Strukturreformen können erst nach längerer Zeit Früchte tragen. Die Oppositionsparteien nutzen diese Situation zur sozialen Demagogie – mit gutem Erfolg. Nach der Auffassung der meisten slowakischen Bürger hat sich seit den Parlamentswahlen 1998 ihre Lage in fast allen Schlüsselbereichen radikal verschlechtert. Am kritischsten wird die Veränderung der Wirtschaftslage bewertet: Für 74 Prozent ist sie schlechter und nur für vier Prozent besser geworden. Ähnlich kritische Meinungen sind in den Bereichen Lebensstandard und Sicherheit festzustellen. Nur noch zwanzig Prozent der Bürger vertrauen der Regierung und lediglich vierzehn Prozent dem Parlament.

Ein elementares Konsolidierungsproblem besteht darin, dass eine Antisystempartei, die genannte HZDS, von ungefähr einem Viertel der Bevölkerung nachdrücklich unterstützt wird. Bei Meinungsumfragen erzielt die HZDS stets die besten Ergebnisse. Auch bei den nächsten Parlamentswahlen wird es dem-

zufolge um den künftigen Charakter des Regimes gehen. Weitgehend offen ist, wie sich der HZDS-Vorsitzende Vladimír Mečiar verhalten wird, wenn er erneut an die Macht kommt. Bisher zog er bei jedem seiner Comebacks die „Lehre“ aus der vorherigen Niederlage in der Weise, dass er seine wiedererlangte Macht noch konsequenter ausbaute und absicherte. Erst nach seiner ersten Abberufung wurde er zum nationalen Populisten, erst nach seinem zweiten Abgang bediente er sich krimineller Praktiken. Das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten im politischen Programm der HZDS aus dem Jahre 2000 kann nach allen Erfahrungen lediglich als beschönigende Rhetorik verstanden werden, die der HZDS aus der innenpolitischen und internationalen Isolation helfen soll; beim gleichen Parteitag, bei welchem die HZDS die edlen Prinzipien verkündete, entmachtete Mečiar alle seine innerparteilichen Kritiker, und die Stellvertreterposten wurden ausschließlich an ausgewiesene willfährige Gefolgsleute vergeben.

### Das ethnische Problem als Risikofaktor

Die ethnische Heterogenität stellt einen weiteren Risikofaktor des demokratischen Konsolidierungsprozesses dar. Die Slowakische Republik muss im Hinblick auf ihre starken nationalen Minderheiten als ein multiethnischer Staat angesehen werden. Der Minderheitenanteil beträgt etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung (Ungarn elf Prozent, Roma neun Prozent, sonstige fünf Prozent); der Roma-Anteil gehört zu den größten der Welt. In der Transformationsliteratur wird darauf hingewiesen, dass postautokratische – multiethnische – Staaten es schwerer haben, sich als Demokratie zu konsolidieren, weil die nationalistischen Eliten im Hinblick auf nicht gefestigte andere kollektive Identitäten (Klasse, Schicht, Profession) ihre Machtinteressen über chau-

vinistische Mobilisierungsstrategien verfolgen.

Diese Prämissen treffen für die Entwicklung in der Slowakei zu. Die politischen Konflikte werden durch ethnische Spannungen verschärft und nationale Differenzen von populistischen Politikern für ihre Mobilisierungsziele instrumentalisiert. Die EU-konforme, rechtsstaatlich orientierte Minderheitenpolitik der gegenwärtigen Regierung Dzurinda wird von vielen slowakischen Bürgern abgelehnt. Die national-populistischen Parteien, die Bewegung für eine Demokratische Slowakei und die Partei SMER, besetzen in Umfragen mit zirka 25 Prozent und zwanzig Prozent den ersten und zweiten Platz, während die wichtigste Regierungspartei, die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDK) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda, lediglich etwa zwölf Prozent der Bürger überzeugt. Die Minderheitenproblematik, die sich auf die Stimmenanteile auswirkt, wurde zum Faktor der Transformation. An der ethnischen Grenze zwischen Slowaken und Ungarn verläuft die tiefste politische Konfliktlinie. Die slowakischen Ungarn zeichnen sich durch hohe politische Mobilisierung und deutlich artikulierte Minderheitenforderungen aus, siedeln konzentriert an der Grenze zum ungarischen Staat und unterhalten starke kulturelle Bindungen zu ihm. Alle diese Phänomene verstärken das historisch verwurzelte Misstrauen, vor allem den Argwohn vor dem ungarischen Irredentismus.

Doch nicht die oft thematisierte ungarische Volksgruppe, sondern die Roma-Minderheit stellt die größte Herausforderung an die slowakische Minderheitenpolitik dar – oder gar an die slowakische Politik schlechthin, sofern sie ihre Konsolidierungs- und EU-Beitrittsziele erreichen will. Bei den Roma handelt es sich nämlich nicht nur um einen ethnischen Konflikt, sondern in erster Linie um ein diffi-

ziles soziales Problem. Die Roma sind die Verlierer des Systemwechsels. Der Konkurrenzdruck hat sie aus dem Arbeitsmarkt verdrängt, ihre soziale Lage hat sich drastisch verschlechtert und die soziale Ausgrenzung radikal verschärft. Die negativen Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, extreme Armut, schlechter Gesundheitszustand, hohe Kriminalitätsrate sowie Alkohol- und Drogenabhängigkeit spitzen sich weiter zu. Die Roma werden von neunzig Prozent der Majoritätsgesellschaft abgelehnt. Die bedrückende soziale Lage der Roma, ihre Diskriminierung und rassistisch motivierte Gewalttaten gegen sie stellen Impulse für ihre Auswanderung dar. Mehrere EU-Länder (Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland, Finnland, Norwegen) sahen sich veranlasst, für slowakische Bürger eine Visapflicht einzuführen. Die Diskussion in den slowakischen Medien im Sommer 2000, angeregt von der Visapflicht und von großflächigen Kartoffeldiebstählen auf den Feldern, führte zur Hochpolitisierung der Roma-Problematik.

Diese Problematik wird von autoritären und populistischen Parteien angeheizt und instrumentalisiert. Der Vorsitzende der Partei SMER, Róbert Fico, beschwor Bedrohungsgefühle mit der Ankündigung einer angeblichen „Bevölkerungsexplosion“ der Roma herauf. Ein Abgeordneter der Slowakischen Nationalpartei (SNS), Vit' azoslav Moric, schlug vor, für die Roma „Reservate auf amerikanische Weise“ zu schaffen. „Was soll daran human sein, wenn man es ermöglicht, dass eine Debile einen Deblen gebärt und somit der Anteil der Deblen und der Schwachsinnigen an unserem Volk zunimmt?“, fragte Moric. Bei einer Parlamentsdiskussion äußerte der Abgeordnete der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS), Drobný: „Wie wollt ihr sie strafen, wenn sie emotional und menschlich auf dem Niveau der Tiere sind? Sie leben wie die Heiden, sind

amoralisch, und dies schafft eine gewaltige Aggression gegen sie.“

Die radikale Anti-Roma-Rhetorik findet mehr Resonanz bei Wählern als die Lösungsvorschläge der gegenwärtigen Regierungskoalition, die die Minderheitenrechte respektieren. 79 Prozent der Befragten vertraten im März 2000 die Auffassung, dass die Roma, die nicht im Stande sind, sich anzupassen, getrennt von den anderen Menschen leben sollten; 53 Prozent waren der Meinung, dass für die Roma strengere Gesetze gelten sollten. In der Slowakischen Republik hat mithin die Roma-Problematik eine andere Dimension als sie in konsolidierten Demokratien hätte. Es ist nicht nur eine Frage des Minderheitenschutzes oder des sozialen Netzes, sondern – und dies vor allem – eine Systemfrage, die mitentscheidet, ob sich in der Slowakei ein demokratisches politisches System konsolidiert oder ob es in seiner Substanz von autoritären Bestrebungen gefährdet bleibt.

Die Regierung Dzurinda bemüht sich aufrichtig, die Roma-Problematik zu bewältigen. Es wurde das Amt des „Regierungsbeauftragten für die Probleme der Roma-Minderheit“ geschaffen; mehrere Regierungsbeschlüsse wurden gefasst, die sowohl Staatsverwaltungsorgane als auch Nichtregierungsorganisationen einbeziehen. Die Regierung muss indessen an zu vielen Fronten zugleich kämpfen. Im Hinblick auf die Anhäufung von gewaltigen Transformationsproblemen, geringen materiellen Möglichkeiten sowie einen hohen Bevölkerungsanteil der Roma erscheint es eher unwahrscheinlich, dass es gelingt, die Problematik zu friedens stellend zu lösen. Eine besondere Brisanz erlangt die Roma-Problematik vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsanstrengungen. Nach dem geplanten EU-Beitritt der Slowakischen Republik kann die unerträgliche Lage der slowakischen Roma zum EU-Dilemma werden.